

Niederschrift

über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am Dienstag, den 21.04.2026, 17:30 Uhr, im Rathaus der Stadt Eschweiler, Ratssaal, Johannes-Rau-Platz 1, 52249 Eschweiler.

Anwesend:Vorsitzende/r

Frau Ratsmitglied Marion Haustein SPD

Stv. Vorsitzende/r

Frau Ratsmitglied Maria Mund CDU

Ratsmitglieder SPD-Fraktion

Herr Ratsmitglied Günter Badura für Herrn RM Thoma SPD

Herr Ratsmitglied Ugur Uzungelis SPD

Ratsmitglieder CDU-Fraktion

Herr Ratsmitglied Simon Becker CDU

Frau Ratsmitglied Claudia Behr CDU

Ratsmitglieder AfD-Fraktion

Frau Ratsmitglied Selma Köksal AfD

Herr Ratsmitglied Lothar Herbert Upadek AfD

Sachkundige Bürger Fraktion DIE GRÜNEN

Frau Bettina Thelen für Frau Pieta Bündnis 90/Die Grünen

Weitere stimmberechtigte Mitglieder

Herr Guido Dohmen AWO Kreisverband Aachen-Land e.V.

Herr Michael Fasch Stadtjugendring Eschweiler e.V.

Frau Mariethres Kaleß Kinderschutzbund Eschweiler e.V.

Frau Petra Kogel Sozialdienst Katholischer Frauen e.V.

Frau Martina Krause Karnevals-Komitee der Stadt Eschweiler e.V.

Frau Andrea Pfeiffer Kinderferienwerk Eschweiler-Röhe e.V.

Beratende Mitglieder der Verwaltung

Frau Erste Beigeordnete Dana Duikers Verwaltung

Herr Michael Raida Verwaltung

Weitere beratende Mitglieder

Frau Lendita Bejtullahi WIR sind Eschweiler

Frau Katrin Berentzen Vertreterin der Schulen

Herr Stefan Boltersdorf Polizeipräsidium Aachen - KK K/PO

Frau Sabine Deisz Gesundheitsamt StädteRegion Aachen

Frau Melanie Erven AG Kindertagespflegepersonen

Herr Ralf Fischer BASIS

Herr Christian Herden Jugendamtseleternbeirat

Frau Claudia Schiffer für Frau Gärtner Evangelische Kirchengemeinde

Frau Veronika Suchy Jobcenter der StädteRegion Aachen

Herr Robert Wagner		Katholische Kirche
<u>Von der Verwaltung</u>		
Herr Raphael Kamp	230	Verwaltung
Herr Christian Kolf	510	Verwaltung
Frau Stadtkämmerin Bettina Merx	I/SK	Verwaltung
Frau Mareike Offermanns	51	Verwaltung
Frau Manuela Schmidt	512	Verwaltung
Frau Michaela Schütte	14	Verwaltung
Herr Olaf Tümmeler	510	Verwaltung
<u>Schriftführer/in</u>		
Frau Nicole Schiffer	510	Verwaltung

Abwesend:

Ratsmitglieder SPD-Fraktion

Herr Ratsmitglied Heinz Thoma SPD

Sachkundige Bürger Fraktion DIE GRÜNEN

Frau Gabriele Pieta Bündnis 90/Die Grünen

Weitere beratende Mitglieder

Frau Roxana Edel Morawietz DIE LINKE
 Frau Sibilla Maria Gärtner Evangelische Kirche
 Herr Thomas Laurs Amtsgericht Eschweiler
 Herr Till Pahlke Bundesagentur für Arbeit
 Frau Bianca Schmitz Vertreterin der Kindertages-
 einrichtungen

Die Vorsitzende Frau RM Haustein eröffnete die Sitzung des Jugendhilfeausschusses um 17.30 Uhr. Sie begrüßte die Ratsmitglieder, die sachkundigen Bürger*innen, die Vertretenden der Verwaltung sowie die Zuhörenden.

Die Vorsitzende Frau RM Haustein stellte fest, dass die Einladung zur Sitzung des Jugendhilfeausschusses sowie die Tagesordnung frist- und formgerecht zugegangen sind und die Beschlussfähigkeit des Jugendhilfeausschusses gegeben ist. Außerdem wies sie auf die zu beachtenden Mitwirkungsverbote gemäß § 31 in Verbindung mit § 43 Abs. 2 Gemeindeordnung NRW hin. Ebenso erfolgte ein Hinweis, dass das Erstellen nicht genehmigter Bild- und Tonbandaufnahmen grundsätzlich untersagt ist.

Es wurden keine Änderungs- bzw. Ergänzungswünsche zur Tagesordnung vorgetragen, so dass die Tagesordnung in der nachstehenden Reihenfolge beraten wurde:

Öffentlicher Teil

1	Einführung und Verpflichtung Jugendhilfeausschuss	423/25
2	Verteilung der Landesmittel für flexible Betreuungszeiten im Kita-Jahr 2026/2027	109/26
3	Haushalt 2026 - Jugendhilfeetat	187/26
4	Erweiterung der Kita Auf dem Driesch	204/26
5	Kenntnisgaben	
5.1	Architektenwettbewerb zur Planung des Jugendbegegnungszentrums Eschweiler-West	040/26
5.2	Beschlusskontrolle	186/26
6	Anfragen und Mitteilungen	

Nicht öffentlicher Teil

7 Anfragen und Mitteilungen

Öffentlicher Teil

1 Einführung und Verpflichtung Jugendhilfeausschuss 423/25

Herr Michael Fasch wurde durch die Vorsitzende Frau RM Haustein eingeführt und in feierlicher Form zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung seiner Aufgaben verpflichtet.

Die Verpflichtungsformel lautet:

„Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle der Stadt Eschweiler erfüllen werde.“

Der/Die Verpflichtete kann die Erklärung durch religiöse Beteuerung mit den Worten bekräftigen:

„Ich verpflichte mich, so wahr mir Gott helfe.“

Beteuerungsformeln als Mitglieder anderer Religions- und Bekenntnisgemeinschaften sind zulässig.

2 Verteilung der Landesmittel für flexible Betreuungszeiten im Kita-Jahr 2026/2027 109/26

Der Jugendhilfeausschuss stimmte einstimmig für das Kindergartenjahr 2026/2027 folgender Verteilung der Landesmittel für flexible Betreuungszeiten zu:

Das Familienzentrum St. Peter und Paul, Englerthsgärten 2, und die Kindertageseinrichtung Immenhofkinder e.V., In den Benden 20, erhalten jeweils eine Förderung in Höhe von 30.000,00 Euro zzgl. einer Betriebskostenpauschale von 1.000,00 Euro.

Darüber hinaus können bis zu insgesamt sechs Kindertagespflegestellen eine monatliche Pauschale in Höhe von jeweils 350,00 Euro erhalten. Hierzu kommt ein einmaliger Ausstattungszuschuss in Höhe von 1.500,00 Euro und ein einmaliger Betriebskostenzuschuss in Höhe von 500,00 Euro. Bei Großtagespflegestellen wird zur Pauschale ein einmaliger Ausstattungszuschuss in Höhe von 3.500,00 Euro sowie ein einmaliger Betriebskostenzuschuss in Höhe von 1.000,00 Euro gewährt.

Der Beschluss steht unter Haushaltsvorbehalt. Der kommunale Eigenanteil beträgt 25%.

3 Haushalt 2026 - Jugendhilfeetat 187/26

Gemäß § 71 Absatz 3 SGB VIII in Verbindung mit § 8 der Satzung für das Jugendamt der Stadt Eschweiler steht dem Jugendhilfeausschuss ein Beschlussrecht in Angelegenheiten der Jugendhilfe im Rahmen der vom Rat bereitgestellten Mittel zu und er übt das Recht zur Vorbereitung des Haushaltes für den Bereich der Jugendhilfe aus.

Antrag der SPD-Stadtratsfraktion und Bündnis 90/Die Grünen

Mit Datum vom 23.05.2025 beantragten die Stadtrats-Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen, dass das Jugendamt der Stadt Eschweiler Kontakt zu den Partnerstädten aufnehmen möge, um den Austausch zwischen den Jugendlichen wieder zu beleben. Sie begründen den Antrag damit, dass Städtepartnerschaften den Austausch, den Abbau von Vorurteilen und der (inter) nationalen Verständigung dienen. Die Fraktionen erachten es für Jugendliche als besonders wichtig über den eigenen Tellerrand schauen zu können und die Möglichkeit zu erhalten, Kontakte und Freundschaften außerhalb Eschweilers zu finden, Sprachbarrieren zu überwinden

und andere Länder bzw. Bundesländer kennenzulernen. Dies fördert neben den sozialen Fähigkeiten auch die Selbständigkeit.

Der Jugendhilfeausschuss hat in seiner Sitzung am 02.09.2025 (VV NR 235/25) dem gemeinsamen Antrag entsprochen.

Um über die reine Kontaktaufnahme hinaus auch tatsächlich einen Jugendaustausch durchführen zu können, werden zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 3.000,00 Euro benötigt, die im Produkt 06 362 01 01 – Kinder- und Jugendförderung – beim Sachkonto 52810000 – Aufwendungen sonstige Sachleistungen – zu veranschlagen sind. Die Maßnahme wird nach entsprechender Bereitstellung der Haushaltsmittel durch Personal der Abteilung 510 durchgeführt.

Frau RM Mund teilte mit, dass die CDU-Stadtratsfraktion den Antrag grundsätzlich unterstütze, sie schlage jedoch vor, die Mittel aus dem Produkt Werbung und Öffentlichkeitsarbeit zur Verfügung zu stellen.

Nach Erörterung der Thematik empfahl der Jugendhilfeausschuss dem Haupt- und Finanzausschuss einstimmig, zur Durchführung der Städtepartnerschaften 3.000,00 Euro aus dem Produkt Werbung und Öffentlichkeitsarbeit in das Produkt 06 362 01 01 zu verlagern.

Antrag der CDU- und SPD-Stadtratsfraktionen

Mit Datum vom 02.02.2026 beantragten die Fraktionen der CDU und SPD die Einstellung eines Budgets von 500,00 Euro in den Haushalt 2026 für Maßnahmen gegen Antisemitismus in Eschweiler, z.B. für Projekte an Schulen.

„Der Antrag stellt den unmittelbaren Bezug zur Geschichte Eschweilers her, indem er an die konkret hier verfolgten, beraubten und ermordeten jüdischen Bürgerinnen und Bürger erinnert. Um 1930 lebten mehr als hundert Jüdinnen und Juden in Eschweiler – bekannte Familien, die mit ihren Geschäften, Handwerksbetrieben und ihrem Engagement selbstverständlicher Teil des städtischen Lebens waren. Ihre Läden am Markt, an der Grabenstraße, der Marienstraße, in Röthgen oder an der Uferstraße prägten den Alltag vieler Eschweilerinnen und Eschweiler. Mit der nationalsozialistischen Machtübernahme begann auch vor Ort die systematische Ausgrenzung: Schaufenster wurden eingeschlagen, SA-Leute postierten sich vor Geschäften, Käuferinnen und Käufer wurden eingeschüchtert und öffentlich diffamiert. Viele Familien versuchten zu fliehen oder hofften, in ihrer Heimatstadt Schutz zu finden. Doch auch in Eschweiler mündete Entrechtung schließlich in Deportation: Die letzten verbliebenen jüdischen Einwohner wurden in das Sammellager am Friedhof Pumpe-Stich gezwungen und am 25. Juli 1942 nach Theresienstadt deportiert – niemand kehrte zurück.

Der Antrag macht deutlich, dass diese Verbrechen Teil der Stadtgeschichte sind und dass aus dem Wissen um dieses konkrete Geschehen die Verpflichtung erwächst, jeder Form von Antisemitismus heute entschieden entgegenzutreten und jüdisches Leben in Eschweiler sichtbar zu schützen. Der Rat der Stadt Eschweiler bekennt sich zu seiner historischen Verantwortung, zur uneingeschränkten Achtung der Menschenwürde sowie zu einer demokratischen, vielfältigen und solidarischen Stadtgesellschaft.“

Der Rat der Stadt Eschweiler hat in seiner Sitzung am 03.02.2026 dem Eilantrag der CDU-Fraktion und SPD-Fraktion unter Tagesordnungspunkt 3.5 einstimmig zugestimmt.

Das Budget in Höhe von 500,00 Euro wird für die Maßnahmen nach entsprechender Bereitstellung der Haushaltsmittel durch Personal der Abteilung 510 und im Produkt 06 362 01 01 – Kinder- und Jugendförderung – beim Sachkonto 52810000 – Aufwendungen sonstige Sachleistungen – bewirtschaftet.

Frau SB Thelen stellte den Antrag, für die Maßnahme insgesamt 2.500,00 Euro bereitzustellen.
Herr RM

Uzungelis führte aus, dass die SPD-Stadtratsfraktion sich der finanziellen Lage der Stadt Eschweiler bewusst sei und vor diesem Hintergrund das beantragte Budget von 500,00 Euro als Anstoßfinanzierung verstanden werden solle. Herr RM Uzungelis stellte den Antrag, die 500,00 Euro aus dem Sachkonto 52910000 – Maßnahmen gegen Gewalt an Schulen – im Produkt 03 243 01 01 – bereitzustellen, sofern aus dem Sachkonto – wie im Haushaltsjahr 2024 erfolgt –

lediglich rd. 7.500,00 Euro im Kalenderjahr 2026 verausgabt würden und das Sachkonto zukünftig „Maßnahmen gegen Gewalt an Schulen und gegen Antisemitismus“ zu nennen.

Die Erste Beigeordnete Frau Duikers teilte mit, dass das Budget durch die Schulen abgerufen werde. Eine inhaltliche Annäherung an das Thema Antisemitismus hält sie für möglich. Frau Merx ergänzte, dass bei zukünftigen Haushaltsplanberatungen ggf. ein separater Haushaltsansatz gebildet werden müsse, sofern die Mittel im Haushaltsjahr 2026 nicht auskömmlich seien.

Herr RM Uzungelis beantragte eine Sitzungsunterbrechung von 17.45 Uhr bis 17.50 Uhr, um die Angelegenheit innerhalb der SPD-Stadtratsfraktion beraten zu können.

Da das o.g. Sachkonto nicht dem Jugendhilfeeat angehört, empfahl der Jugendhilfeausschuss dem Haupt- und Finanzausschuss einstimmig den nachfolgenden Beschluss zu fassen:

Mit Datum vom 02.02.2026 beantragten die Fraktionen der CDU und SPD über bestehendes Budget im Produkt 03 243 01 01 bei Sachkonto 52910000 Maßnahmen gegen Antisemitismus in Höhe von 500,00 Euro abzuwickeln und das Sachkonto in „Maßnahmen gegen Gewalt an Schulen und gegen Antisemitismus“ umzubenennen.

**Weitere Anträge der SPD-Stadtratsfraktion als Tischvorlage:
Produkt 135510101, IV00AIB002, Städtische Spielplätze**

„In dem Ansatz für städtische Spielplätze sind die vor einigen Jahren beschlossenen und jährlich wiederkommenden 50.000 Euro für Sanierung der Spielplätze, sowie speziell für den Spielplatz Hühelner Straße 85.000 Euro enthalten. Vor zwei Jahren wurde dieser Ansatz einmalig um 30.000 Euro erhöht, um speziell inklusive Spielgeräte und Spielplätze anzulegen. Wir wollen alle zwei Jahre statt 50.000 Euro für städtische Spielplätze 80.000 Euro für städtische Spielplätze zur Verfügung stellen, um speziell inklusive Spielgeräte für Kinder und junge Familien auszubauen.

Wir beantragen daher, diesen Ansatz 2026 (und für 2028) um 30.000 Euro zu erhöhen.“

Es erfolgte eine intensive Erörterung der Thematik. Letztlich wurde folgende weitere Verfahrensweise festgelegt: Für die nächste AG Kinderspielplätze und Jugendtreffpunkte wird eine Verwaltungsvorlage mit folgendem Inhalt erstellt: Wo gibt es bereits inklusive Spielplätze/Spielgeräte? In welchem Zustand sind diese? Auf welchen Spielplätzen ist Bedarf für weitere inklusive Spielgeräte? Die AG wird dann eine Empfehlung für den Jugendhilfeausschuss im September aussprechen, auch der Beirat für Inklusion und gesellschaftliche Teilhabe soll beteiligt werden. Vor diesem Hintergrund zog Herr Uzungelis den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion für das Jahr 2026 zurück.

Entwicklung eines lokalen Inklusionsplans:

„Zur gezielten Stärkung inklusiver Strukturen und zur stärkeren Einbindung und Teilhabe von Menschen mit Einschränkungen – egal welcher Art – wird vorgeschlagen, einen lokalen Inklusionsplan zu erarbeiten. Dieser soll bestehende Angebote bündeln und chronologisch aufzeigen, wo in Zukunft Bedarf besteht, das Leben für Menschen mit Einschränkung und Inklusionsbedarf in Eschweiler leichter zu machen. Förderprogramme des Bundes oder des Landes zur Entwicklung selbst sind genauso zu berücksichtigen, wie auch Förderprogramme für die Teilnahme eingeschränkter Menschen, die als Voraussetzung das Bestehen des Inklusionsplans fordern.

Wir beantragen daher, hierfür zunächst einen Ansatz von 20.000 Euro einzustellen.“

Da sich der Antrag nicht explizit auf Kinder und Jugendliche bezieht, bat die antragstellende SPD-Fraktion darum, dass dieser nicht durch den Jugendhilfeausschuss, sondern im Beirat für Inklusion und gesellschaftliche Teilhabe beraten wird. Über die Mittelbereitstellung entscheidet der Haupt- und Finanzausschuss.

Sodann empfahl der Jugendhilfeausschuss einstimmig dem Rat, die Haushaltsvoranschläge für die Produkte

I.

- a) 05 341 01 01 – Unterhaltsvorschussleistungen –

- b) 06 361 01 01 – Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege –
 - c) 06 362 01 01 – Kinder- und Jugendförderung –
 - d) 06 363 01 01 – Hilfe für junge Menschen und ihre Familien –
 - e) 13 551 01 01 – Öffentliches Grün – Teilbereich Kinderspielplätze –
- II.
- f) 06 362 0101 – Kinder- und Jugendförderung – Antrag der SPD-Stadtratsfraktion und Bündnis 90/Die Grünen
- III.
- g) 06 362 01 01 – Kinder- und Jugendförderung – Antrag der CDU- und SPD-Stadtratsfraktionen vom 02.02.2026

entsprechend dem Verwaltungsentwurf der Haushaltssatzung 2026 zu beschließen.

4 Erweiterung der Kita Auf dem Driesch 204/26

Frau RM Behr und Frau RM Mund teilten mit, dass einzelne Eltern Bedenken gegen die Planungen des Kita-Anbaus geäußert haben. Insbesondere fühlen diese sich nicht auskömmlich informiert. Thema sei u.a. die Bring- und Abholsituation und die Beeinträchtigung des Kita-Betriebes während der Bauphase.

Die Erste Beigeordnete Frau Duikers wies daraufhin, dass die Form der Kommunikation in Verantwortung des Trägers BKJ stünde, sie aber den entstandenen Informationsbedarf von Eltern und Personal entsprechend weitergeben werde und diese dann nachgeholt werden würde.

Bzgl. der Verkehrssituation habe Herr Bürgermeister Nowicki bereits einen Ortstermin gehabt. Hier seien Lösungen in Bearbeitung. Sie bestätigte, dass der Bedarf zum Anbau der zwei Gruppen gemäß Jugendhilfeplanung in Weisweiler weiterhin gegeben sei. Herr Raida fügte ergänzend hinzu, dass das Raumprogramm der Baumaßnahme in Abstimmung mit dem Träger und dem Landesjugendamt als Betriebserlaubnisgeber erstellt wurde. Im Übrigen stehe die Umsetzung in Abhängigkeit der zu nutzenden Förderprogramme, so dass diese nicht weiter nach hinten verschoben werden könne. Die Frage von Frau RM Mund, ob Planungsänderungen z.B. durch Eltern eingebracht werden könnten, verneinte Herr Raida, da die Planungen bereits vom Landesjugendamt genehmigt worden seien.

Sodann empfahl der Jugendhilfeausschuss einstimmig dem Bau- und Vergabeausschuss, den nachfolgenden Beschluss zu fassen:

- 1) Die Darstellung des Sachverhaltes wird zur Kenntnis genommen. Der in der Anlage dargestellten Planung wird zugestimmt. Die Verwaltung wird beauftragt die Planung und Umsetzung der Baumaßnahme entsprechend fortzuführen.
- 2) Vorbehaltlich der Bestandskraft des Haushalts 2026 wird gemäß §5 (3) der Zuständigkeitsordnung vom 26.11.2025 für die Baumaßnahme eine Budgetfreigabe zur Ausschreibung in Höhe der im Haushalt 2026 vorgesehenen Mittel erteilt. Sofern durch die jeweilige Beauftragung das bewilligte Gesamtbudget nicht zu überschreiten droht, gilt die Zustimmung als erteilt.

5 Kenntnissgaben

5.1 Architektenwettbewerb zur Planung des Jugendbegegnungszentrums Eschweiler-West 040/26

Herr Uzungelis bat darum, in einer später zu bildenden Jury sowohl Personen aus dem zukünftigen Nutzerkreis als auch die Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses aufzunehmen.

Die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses nahmen die Durchführung eines Architektenwettbewerbs zur Planung des neuen Jugendbegegnungszentrums Eschweiler-West zur Kenntnis.

5.2 Beschlusskontrolle 186/26

Der Jugendhilfeausschuss nahm den aus der beigefügten Zusammenstellung ersichtlichen Stand der Beschlussausführungen zu den im Jugendhilfeausschuss behandelten wesentlichen Angelegenheiten zur Kenntnis.

6 Anfragen und Mitteilungen

Fortschreibungsrate § 37 KiBiz:

Herr RM Uzungelis teilte mit, dass er eine Anfrage eines Bürgers zur Fortschreibungsrate gemäß § 37 KiBiz erhalten habe. Herr Tümmeler erläuterte den Hintergrund bzw. die Finanzierungssystematik der Kindertagespflege. Im Besonderen hob er hervor, dass die Stadt Eschweiler durchgehend seit 2017 bereits eine jährliche Dynamisierung der Förderleistung und des Sachaufwandes von 1,5 % umsetze. Herr Tümmeler berichtete, dass das Jugendamt zu den jetzigen Sprecherinnen der Kindertagespflege einen sehr engen und offenen Austausch pflege, was Frau Erven bestätigte.

West-Park-Gelände:

Herr Kolf informierte die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses darüber, dass am 09.05.2026 das „West-Park-Gelände“ (hinter dem Wendehammer in der Gutenbergstraße) offiziell durch Herrn Bürgermeister Nowicki um 11.00 Uhr eröffnet werde.

Online-Anmeldeverfahren KIVAN:

Herr Tümmeler teilte mit, dass am 01.05.2026 das Online-Anmeldeportal KIVAN geöffnet werde, so dass die Eltern ihre Bedarfe für das Kindergartenjahr 2027/2028 einpflegen können.

Infotag Kindertagespflege:

Herr Tümmeler unterrichtete die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses darüber, dass am 04.07.2026 in der Zeit von 10.00 Uhr bis 14.00 Uhr in der Villa Faensen der 2. Infotag für die Kindertagespflege durchgeführt werde. Hier erhalten Kindertagespflegepersonen und Bildungsträger Gelegenheit, sich Interessierten vorzustellen. Auch ein Beschäftigungsprogramm für die Kinder der interessierten Eltern werde angeboten.

SGB VIII-Reform:

Die Erste Beigeordnete Frau Duikers informierte darüber, dass am 23.03.2026 ein Referentenentwurf zur sog. „großen Lösung“ veröffentlicht worden sei. Die Verwaltung werde gerne weiter berichten.

Strukturförderprogramm West:

Frau Kaleß erkundigte sich, ob die Lenkungsgruppe Eschweiler-West terminiert worden sei, da sie für das Spielplatzfest entsprechende Fördermittel beantragen möchte. Die Erste Beigeordnete Frau Duikers erwiderte, dass die Bewerbung im nächsten Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Mobilität behandelt werde.

Die Vorsitzende Frau RM Haustein beendete den öffentlichen Teil der Sitzung um 18.42 Uhr.

Die Vorsitzende Frau RM Haustein beendete die Sitzung um 18.43 Uhr.